

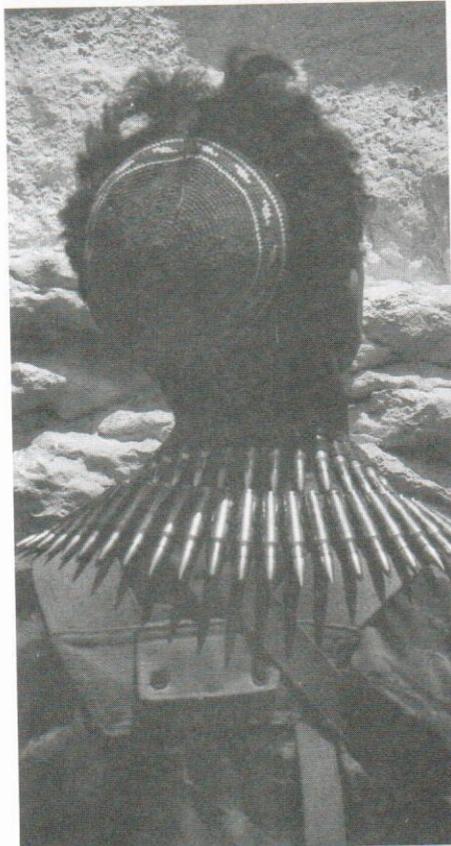


Israel unter der Lupe der Weltkritik

Das Recht Kritik auszuüben. – Die Pflicht einer ausgewogenen Kritik.

von Ari Rath

Israel ist einer der ganz wenigen Flecken auf der Erde, der schon Jahrzehnte das Interesse der Welt erregt und im Mittelpunkt der internationalen Kritik steht. Die Gründe dafür sind verständlich. Der kleine jüdische Staat im islamischen Nahen Osten ist in Palästina, dem Heiligen Land des Judentums und des Christentums, vor 57 Jahren aus den Trümmern des Holocausts entstanden. Das grundsätzliche Prinzip seiner Gründung war der historische Beschluss der Vereinten Nationen, das britische Mandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. Jerusalem, die Wiege der drei großen monotheistischen Religionen, sollte eine internationale Enklave werden zu der die Einwohner beider Staaten freien



Streiten ohne Gewalt: Noch immer ein entferntes Ziel.

Zugang hätten. So könnten auch christliche, moslemische und jüdische Glaubensgenossen an den heiligsten Stätten ihrer Religionen in der Altstadt Jerusalems ihre Gebete und Gottesdienste abhalten. Leider wurde der U.N.-Teilungs-Beschluss vom 29. November 1947 von den Palästinensern und von den arabischen Staaten abgelehnt und vom ersten Tag an bekämpft. Am Ende der bitteren Kämpfe von Dezember 1947 bis Januar 1949 - der „Befreiungskrieg“ Israels und die „Nakfa“, die Katastrophe der Palästinenser - blieben nur 22 Prozent Palästinas in den Händen der arabischen Seite. Das Westjordanland und Ost-Jerusalem blieben unter jordanischer Herrschaft und der Gaza-Streifen unter ägyptischer Verwaltung. Die Grenzen der Waffenstillstandsabkommen von 1949 zwischen Israel und Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon wurden in der sogenannten „Grünen Linie“ oder auch die „Juni 1967 Linien“ festgesetzt.

Der sogenannte „Sechs-Tage-Krieg“ von 1967 wurde zur Wasserscheide Israels und des Nahen Ostens. Mit seinen besetzten Gebieten auf den Golanhöhen Syriens, dem Westjordanland, dem Gaza-Streifen und der Sinai-Halbinsel Ägyptens wurde Israel zu einer Grossmacht im Nahen Osten. Israels militärische Besetzung von drei-einhalb-Million Palästinensern, gegen ihren Willen, die wiederholten Kriege seit 1948 und die Ansiedlung von über 200.000 jüdischen Siedlern in den besetzten Gebieten der Palästinenser, haben die wichtigsten Prioritäten des jüdischen Staates drastisch geändert und die moralischen Fundamente der israelischen Gesellschaft schwer gefährdet.

Das „Oslo-Abkommen“ der gegenseitigen Anerkennung zwischen dem Staat Israel und der PLO - der Palästinensischen Befreiungsorganisation -, das vor elf Jahren, am 13. September 1993, feierlich in Washington unterschrieben wurde, sollte dem Teufelskreis der Gewalt ein endgültiges Ende setzen. Die Verpflichtung Jassir Ara-

fats und der PLO, in Zukunft von jeglicher Ausübung von Gewalt Abstand zu nehmen und sämtliche Streitfragen am politischen Verhandlungstisch zu lösen, sind leider im Rauch der Intifada und der wiederholten Selbstmordattentate der letzten vier Jahre aufgegangen. Die fortgesetzte Siedlungstätigkeit, die heftigen militärischen Gegenmaßnahmen Israels und die gezielten Raketenangriffe gegen einzelne Hamas- und Islamic-Jihad-Aktivisten, die öfters auch Opfer der palästinensischen Zivilbevölkerung erfordern, haben die Lage noch weiterhin verschlimmert.

Die schärfste Kritik gegen Israels Besatzungspolitik ist in den israelischen Medien selbst zu lesen und zu hören. Eine steigende Zahl israelischer Politiker, jetzt auch aus dem rechten nationalen Lager, befürworten heute offen eine Zwei-Staaten-Lösung in einem geteilten Land. Das sollte die Rückgabe der größten Teile der besetzten Gebiete an die Palästinenser bedeuten. Sogar der große Siedlungs-Erbauer, Ministerpräsident Ariel Sharon, hat das im letzten Jahr anerkannt. Der von seiner eigenen Likud-Partei bekämpfte, einseitige Rückzugsplan vom Gaza-Streifen bedeutet die Demontierung von 17 Siedlungen, zum kleinen Teil auch im Norden des Westjordanlands.

Zumindest 60 Prozent der Bevölkerung Israels befürworten diesen Plan, als ersten Schritt zur notwendigen Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung. Auch diese Tatsache sollte von Israels aufrichtigen Kritikern anerkannt werden. Der erschreckende Versuch der Siedler und ihrer Unterstützer, diesen Plan mit der Vertreibung von jüdischen Menschen unter der Nazi-Herrschaft zu vergleichen, ist ein furchtbarer Missbrauch des Holocausts.

Solche Kritik dürfte und sollte auch von deutschsprachigen Friedensbewegungen und Medien ausgeübt werden, denn sie sollten unter den Ersten sein, die gegen Verzerrung und Missbrauch des Gedenkens an den Holocaust protestieren.